

## Freie Wähler zwischen Partei und Wählergemeinschaft. Mitglieder, Identität und Organisation

Jens Walther und Michael Angenendt

### 1. Freie Wähler – Terra incognita der Parteienforschung

In Zeiten eines stetig abnehmenden Vertrauens in die etablierten Parteien, das sich in sinkenden Mitgliederzahlen<sup>1</sup> und Stimmenanteilen widerspiegelt, gelingt es Wählergemeinschaften, ihre politische Präsenz immer weiter zu verfestigen und auszubauen. Die Freien Wähler können auf kommunaler Ebene wohl als die bedeutendste Alternative zu den politischen Parteien angesehen werden. In vielen kommunalen Vertretungen stellen sie die größte Fraktion und sind traditionell in Baden-Württemberg und Bayern sehr stark vertreten. Bei der Kommunalwahl 2014 konnten freie und unabhängige Wählervereinigungen in Baden-Württemberg 27,6 Prozent der Stimmen bei der Wahl der Gemeinderäte erzielen und damit fast so viele Stimmen wie die CDU.<sup>2</sup> Aber auch in den anderen Bundesländern entwickeln sich die Freien Wähler auf kommunaler Ebene mehr und mehr zu einer erfolgreichen politischen Kraft. Mittlerweile können sie auch auf Landesebene Erfolge vorweisen. So gelang den Freien Wählern in Bayern 2013 sogar der abermalige Einzug in den Bayerischen Landtag, in dem sie die drittstärkste Fraktion stellen.

Die Freien Wähler sind auch wegen dieser kontinuierlichen Wahlerfolge in den letzten Jahren selbst in der sonst eher auf Landes- und Bundesebene ausgerichteten Parteienforschung auf zunehmendes Interesse gestoßen. Während erste wissenschaftliche Ergebnisse zu Wahlerfolg, Präsenz und Organisation vorliegen<sup>3</sup>, gibt es bisher nur sehr wenige belastbare Erkenntnisse über ihre Mitglieder. Dies stellt vor allem wegen der enormen Mitgliederzahl der Freien Wähler eine beachtliche Forschungslücke dar. So konstatiert der ehemalige Bundesvorsitzende *Armin Grein*:

- 1 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Parteimitglieder in Deutschland, in: Otto-Stammer-Zentrum (Hrsg.), Arbeitsheft Nr. 25, Berlin 2015; *Ingrid van Biezen* / *Peter Mair* / *Thomas Poguntke*, Going, Going, ... Gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe, in: *European Journal of Political Research*, 51. Jg. (2012), H. 1, S. 24 – 56. Siehe auch den Beitrag von *Elmar Wiesendahl*, *Benjamin Höhne* und *Malte Cordes* in diesem Heft der ZParl.
- 2 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Endgültige Ergebnisse der Gemeinderatswahlen 2014, [https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Kommunalwahlen\\_2014/GTabelle.asp](https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Kommunalwahlen_2014/GTabelle.asp) (Abruf am 1. Januar 2016).
- 3 Vgl. *Everhard Holtmann* / *Stefan Göhlert* / *Marion Reiser* / *Adrienne Krappidel*, Parteifrei im Parteienstaat. Kommunale Wählergemeinschaften – Elektorale Verankerung und soziales Profil im Ost-West Vergleich. Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch, Jena 2008; *Florian Albert*, Die Freien Wähler in Hessen, in: *Wolfgang Schröder* (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden 2008, S. 224 – 242; *Florian Weitzker*, Die Freien Wähler in Deutschland. Geschichte – Struktur – Leitlinien, Sankt Augustin / Berlin 2008; *Martin Morlok* / *Thomas Poguntke* / *Jens Walther*, Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften aus parteienwissenschaftlicher Perspektive, in: *dies.* (Hrsg.), Politik an den Parteien vorbei – Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, Baden-Baden 2012, S. 9 – 23; *Hans-Georg Wehling* / *Oliver Stortz*, Freie Wähler, in: *Frank Decker* / *Viola Neu* (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2013, S. 283 – 289.

„Mit zurzeit 280.000 Mitgliedern sind die Freien Wähler zur drittgrößten politischen Bewegung in der Bundesrepublik geworden – und damit längst zu einem ernstzunehmenden Gegenpart für alle politischen Parteien!“<sup>4</sup>

Danach hätten die Freien Wähler mehr Mitglieder als Grüne, Linke und FDP zusammen. Dennoch liegen bisher so gut wie keine Forschungsergebnisse über die soziale Zusammensetzung der Mitgliederstruktur der Freien Wähler, ihre programmatischen Zielsetzungen und ihre politische Identität vor. Genau diese Forschungslücke zu schließen, war Ziel und Aufgabe der im Jahr 2015 durchgeführten Mitgliederbefragung mit mehr als 860 Teilnehmern.<sup>5</sup>

Im Fokus der Untersuchung standen neben den Fragen, ob sich die Freien Wähler als Partei oder Nicht-Partei wahrnehmen und ob sie sich künftig jenseits der kommunalen Ebene verstärkt an Wahlen beteiligen wollen, auch ihre Einstellungen zu den etablierten Parteien sowie die Organisationsstruktur und das Sozialprofil der Mitglieder.

## 2. Historische und organisatorische Entwicklung der Freien Wähler

Zu Beginn stellt sich die Frage, warum ein Akteur, der bereits allein von der Mitgliederzahl her eine beachtliche politische Macht darstellt, solange unerforscht blieb. Dies ist wohl vor allem mit der organisatorischen Heterogenität der Freien Wähler und der Pluralität ihrer Nomenklatur zu beantworten.<sup>6</sup> Um ihre organisatorische Heterogenität nachvollziehen zu können, ist es zunächst angebracht, sich der langen Tradition freier Wählergemeinschaften zu vergegenwärtigen. Bereits im Deutschen Kaiserreich gab es aufgrund der Ausgestaltung des Reichswahlgesetzes eine Vielzahl an Bürger- oder Wahlvereinen, die jedoch in der Regel klar einer politischen Gruppierung zuzuordnen beziehungsweise als Untergliederung einer solchen Gruppierung zu interpretieren waren.<sup>7</sup> Nach der Revolution von 1918 finden sich vermehrt Wählervereinigungen, die das Wort „frei“ im Namen tragen, wie etwa die 1925 in Böblingen gegründete „Freie Wirtschaftliche Wählervereinigung“, die „Freie Wählervereinigung“ der Stadt Geislingen oder die im niederrheinischen Bergheim 1919 konstituierte „Freie Wählervereinigung“.<sup>8</sup> *Fritz Maier* weiß ebenfalls über die Gründung einer „Freien Wählervereinigung“ in Friedrichshafen zu berichten:

4 *Armin Grein*, „Großstädte – ein schwieriges Terrain für die Freien Wähler?“, Einleitung zur Podiumsdiskussion, Bundesverbandstagung der Freien Wähler in Fallersleben am 3. März 2007.

5 Das Projekt „Freie Wähler: Mitglieder, Identität und Organisation. Eine Mitgliederbefragung“ unter der Leitung von Prof. Dr. *Thomas Poguntke* war am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf angesiedelt und wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert (Projektnr.: PO 370/10-1).

6 Vgl. *Jens Walther* / *Thomas Poguntke*, Freie Wähler, in: *Uwe Andersen* / *Wichard Woyke* (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2013, S. 233 – 238, S. 233.

7 Vgl. *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963, S. 867 ff.

8 Vgl. *Peter Bausch* / *Thorsten Eberding* / *Jürgen Haar*, Das 20. Jahrhundert im Spiegel der Zeit. Der Kreis Böblingen im Rückblick von 100 Jahren, Sindelfingen 1999, S. 60 f.; *Karlheinz Bauer*, Geschichte der Stadt Geislingen an der Steige, Bd. 2: Vom Jahre 1803 bis zur Gegenwart, Geislingen 1963, S. 155; *Heinz Andermahr*, Bergheim. Geschichte einer rheinischen Stadt, Jülich 2005, S. 229.

„1929 konstituierte sich eine ‚Überparteiliche Wählervereinigung‘, die sich 1928 und 1931 ‚Freie Wählervereinigung‘ nannte und als deren Initiatoren verschiedene Vereine auftraten, die mit der Arbeit der Parteien im Gemeinderat unzufrieden waren.“<sup>9</sup>

Diese politischen Vereinigungen traten bereits in der Weimarer Republik in klarer Abgrenzung zu den Parteien auf. So lässt sich etwa im Wahlprogramm der „Freien Wählervereinigung“ von Granschütz zu Beginn der 1920er Jahre eine deutliche Ablehnung der Arbeit von Parteien auf kommunaler Ebene finden. Die Wählervereinigung stellt klar: „Parteipolitik in der Gemeinde ist weder förderlich noch nützlich.“ Eine Aussage, die heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, zum Standardrepertoire fast jeder parteifreien Wählergemeinschaft gehört.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur wurden vermehrt unabhängige Wählergemeinschaften gegründet.<sup>10</sup> *Hans-Martin Haller* spricht diesbezüglich von einer „Hochkonjunktur kommunaler Wählervereinigungen in der ganzen Bundesrepublik“<sup>11</sup>. Wie schon in der Weimarer Republik achteten die Wählergemeinschaften nun noch stärker darauf, ihre vermeintliche Freiheit und Unabhängigkeit im eigenen Namen zu manifestieren. Diese Entwicklung kann jedoch auch als Reaktion auf die Lizenzierungspflicht politischer Organisationen durch die Alliierten interpretiert werden. Dies wird am Beispiel der Arbeiter-Partei in Württemberg-Baden deutlich, die 1947 vor ihrer Zulassung als Partei als „Freie Wählervereinigung“ bei den Kommunalwahlen kandidierte.<sup>12</sup> Auch *Florian Albert* verweist auf solche als Wählergemeinschaften getarnte Ersatzparteien, in denen sich die ehemaligen Mitglieder der 1956 verbotenen KPD organisierten.<sup>13</sup> Daneben existierten jedoch auch etliche „wirkliche“ Wählergemeinschaften, die sich neu oder wieder gründeten. In diese ersten Nachkriegsjahre verortet *Cordula Breitenfellner*, die ehemalige Bundesgeschäftsführerin der Freien Wähler, daher auch die Ursprünge ihrer Organisation:

„Die Wurzeln der Freien Wähler reichen bis ins Jahr 1946 zurück, als sich bundesweit auf kommunaler Ebene parteiunabhängige Bürger zu freien und unabhängigen Wählergruppen zusammenschlossen und sich auch erste Ortsverbände der Freien Wähler konstituierten.“<sup>14</sup>

Die Bezeichnung „Freie Wähler“ begann sich folglich in der Nachkriegszeit als Marke zu etablieren. So schreibt etwa *Theodor Eschenburg* im Jahr 1959: „Diese auf die Kommunalpolitik beschränkten Wählergruppen treten unter verschiedenen Namen auf, meist nennen sie sich Freie Wählervereinigungen.“<sup>15</sup> Bereits in dieser Zeit stellten die Freien Wähler einen

9 *Fritz Maier*, Friedrichshafen Heimatbuch, Bd. 2: Die Geschichte der Stadt vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Friedrichshafen 1994, S. 196.

10 Vgl. *Florian Weitzker*, a.a.O. (Fn. 3), S. 18 ff.

11 *Hans-Martin Haller*, Die Freien Wähler in der Kommunalpolitik, in: *Helmuth Köser* (Hrsg.), Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung, Bonn 1979, S. 335 – 368, S. 347.

12 Vgl. *Sigfried Heimann*, Die Arbeiter-Partei, in: *Richard Stöss* (Hrsg.), Parteien-Handbuch: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Wiesbaden 1986, S. 367 – 394, S. 385.

13 Vgl. *Florian Albert*, a.a.O. (Fn. 3), S. 226.

14 *Cordula Breitenfellner*, Erweiterung des politischen Tätigkeitsfeldes und Transformationstendenzen innerhalb der Freien Wähler, in: *Martin Morlok / Thomas Poguntke / Jens Walther* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 227 – 254, S. 227.

15 *Theodor Eschenburg*, Eine Lanze für die „Rathausparteien“. Ist ihr Verbot gerechtfertigt? – Das Zukunftsmonopol der „Politiker“, in: Die Zeit online vom 30. Oktober 1959, <http://www.zeit.de/1959/44/eine-lanze-fuer-die-rathausparteien> (Abruf am 1. Februar 2018).

organisatorisch äußerst heterogenen Akteur dar, dessen Komplexität sich in den folgenden Jahrzehnten noch verstärken sollte.

Die ersten Landesverbände der Freien Wähler wurden in den 1950er Jahren gegründet. Während dies in Baden-Württemberg schon 1956 geschah, schlossen sich die Wählergemeinschaften in Bayern erst 1977 zu einem Landesverband zusammen.<sup>16</sup> Die Landesverbände der Freien Wähler sind wiederum größtenteils in einer weiteren Dachorganisation mitgliedschaftlich organisiert: dem 1965 gegründeten Bundesverband Freie Wähler Deutschland e.V. Da Bundesverband wie Landesverbände vor allem aus juristischen Personen bestehen, können diese Organisationen weder zu den Wahlen auf Landes- und Bundesebene noch auf europäischer Ebene antreten. Daher haben sich bereits in den 1950ern neben den Landesverbänden auch Landeswählergruppen der Freien Wähler etabliert, um an der Wahl der Landesparlamente teilnehmen zu können.<sup>17</sup> Nach dem Erfolg der Freien Wähler bei der Landtagswahl 2008 in Bayern konstituierte sich für die anstehende Wahl des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags im Jahr 2009 auch eine Bundeswählergruppe, die dann 2010 in die „Freie Wähler Bundesvereinigung“ umgewandelt wurde.<sup>18</sup> Diese Bundesvereinigung stellt eine Partei im Sinne von § 2 PartG dar. Sie ist ihrerseits – analog zur föderalen Organisationsstruktur anderer Parteien in der Bundesrepublik – in Landesvereinigungen untergliedert, von denen es bis 2016 fünfzehn gab.<sup>19</sup> Da diese Landesvereinigungen die Funktion der alten Landeswählergruppen übernehmen sollen, ist es das Ziel der Bundesvereinigung, in den einzelnen Bundesländern die Fusion von Landesvereinigung und Landeswählergruppe herbeizuführen.<sup>20</sup>

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gehören zu den Freien Wählern also nicht nur Wählergemeinschaften, die auf kommunaler Ebene zur Wahl antreten und zu einem erheblichen Teil in den Landesverbänden der Freien Wähler organisiert sind, sondern auch Landeswählergruppen und seit 2010 Landesvereinigungen, die bei Landtagswahlen kandidieren und Untergliederungen der Freie Wähler Bundesvereinigung darstellen. In Anbetracht dieses organisatorischen Pluralismus ist *Ralf Thomas Baus* zuzustimmen, der zusammenfasst: „Eine Betrachtung der Freien Wähler liefert das Bild eines komplexen, mitunter sehr schwierig darzustellenden Akteurs in der politischen Landschaft Deutschlands – eines keinesfalls neuen Akteurs.“<sup>21</sup>

Die „zweigleisige Organisationsstruktur“<sup>22</sup> zwischen kommunaler und überregionaler Ebene führt dazu, dass die Freien Wähler als politische Organisation eine Mischung aus Partei (Bundesvereinigung) und Wählergemeinschaft darstellen. Daraus ergibt sich, dass

16 Vgl. *Cordula Breitenfellner*, a.a.O. (Fn. 14), S. 227.

17 Vgl. *Martin Morlok | Thomas Poguntke | Jens Waltber*, a.a.O. (Fn. 3), S. 11.

18 Bei der Europawahl 2009 erreichte die Bundeswählergruppe mit 1,7 Prozent das beste Ergebnis unter den Kleinstparteien, scheiterte aber an der zur damaligen Zeit geltenden Fünf-Prozent-Hürde. Die Kandidatur zum Bundestag unterblieb entgegen vorheriger Erwägungen. Vgl. Bundeswahlleiter, Europawahl 2009, <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2009.html>; „Freie Wähler wollen nicht antreten“, in: *Die Zeit* online vom 20. Juni 2009, <http://www.zeit.de/online/2009/26/freie-waehler-bundestagswahl> (Abruf jeweils am 1. Februar 2018).

19 Vgl. Freie Wähler Bundesvereinigung, <http://www.freiewaehler.eu/startseite/> (Abruf am 1. Januar 2016).

20 Vgl. *Cordula Breitenfellner*, a.a.O. (Fn. 14), S. 233.

21 *Ralf Thomas Baus*, Vorwort, in: *Florian Weitzker* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 5.

22 *Cordula Breitenfellner*, a.a.O. (Fn. 14), S. 234.

sehr unterschiedliche Mitgliedschaftstypen existieren.<sup>23</sup> Die Mitglieder der Freien Wähler können entweder als natürliche Person Mitglied in der Bundesvereinigung Freie Wähler oder über die juristische Person der Wählergemeinschaft Mitglied im Bundesverband beziehungsweise einem seiner Landesverbände sein.

Aufgrund des dezentralen und fragmentierten Charakters der Freien Wähler existiert keine bundes- oder landesweite Datenbank über deren natürliche Mitglieder, weshalb nur die einzelnen Wählergemeinschaften wirklich wissen, welche und wie viele Personen bei ihnen Mitglied sind. Einzig die Mitglieder der Bundesvereinigung werden in einer Mitgliederdatenbank erfasst. Da in dieser laut Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014 jedoch lediglich 4.698 Personen Mitglied sind<sup>24</sup>, stellt dies in Anbetracht der Zahl von insgesamt über Bundes- und Landesverbände mitgliederschaftlich organisierten 280.000 Personen nur einen sehr kleinen Bruchteil dar.

Neben der organisatorischen Heterogenität erschwert die Vielfalt der Namensgebung<sup>25</sup> die Identifizierung des Untersuchungsobjekts. So existieren zum einen Wählergemeinschaften der Freien Wähler, die den Namen „Freie Wähler“ tragen, zum anderen kandidieren auch Wählergemeinschaften, die zwar im Namen keinen Bezug zu den Freien Wählern aufweisen, aber in einem der Landesverbände mitgliederschaftlich organisiert sind. So ist beispielsweise der „Bürger Bund Bonn“ Mitglied im Landesverband der Freien Wähler Nordrhein-Westfalen.<sup>26</sup> Folglich tragen Wählergemeinschaften, die den Freien Wählern verbunden oder mitgliederschaftlich in einem ihrer Landesverbände organisiert sind, nicht zwingend den Namen „Freie Wähler“. Stattdessen bezeichnen sich diese Wählergemeinschaften auch als „Bürgerliste“, „Bürgervereinigung“, „Bürgergemeinschaft“, „Bürgerbündnis“, „Freie Bürger“ oder „Unabhängige Wählergemeinschaft“. Zudem wird die Marke „Freie Wähler“ auch ohne Autorisierung des Landes- oder Bundesverbands verwendet, weshalb es immer wieder zu Rechtsstreitigkeiten kommt.<sup>27</sup> Auch die etablierten Parteien scheuen anscheinend nicht davor zurück, sich der Marke „Freie Wähler“ zu bemächtigen:

„Bei den Kommunalwahlen im März haben die politischen Parteien von der CSU über SPD und FDP bis hin zu Grünen den guten Namen der Freien Wähler zu Wahlkampfzwecken mißbraucht. Sie haben so genannte Bindestrichlisten aufgestellt und sind mit dem Namen „Freie Wähler“ auf Stimmenfang gegangen. Damit haben sie den Wähler getäuscht und die Freien Wähler um einen größeren Wählerfolg betrogen.“<sup>28</sup>

Dieses Problem wird dadurch verursacht, dass sich Wählergemeinschaften nicht auf den namensrechtlichen Schutz des § 4 PartG berufen können. *Bernd Richter* schlussfolgert daher: „Das Namensrecht der FREIE WÄHLER [sic!] liegt aber nach wie vor in einer nicht

23 Vgl. *Jens Walther / Thomas Poguntke*, a.a.O. (Fn. 6.), S. 234.

24 Vgl. BT Drs. 18/8475.

25 Vgl. *Jens Walther / Thomas Poguntke*, a.a.O. (Fn. 6.), S. 233.

26 Vgl. Freie Wähler Nordrhein-Westfalen, <http://freiewaehler-nrw.de/mitglieder/> (Abruf am 1. Januar 2016).

27 Siehe BGH, Urteil vom 28. September 2011, Az.: I ZR 191/10; OLG Saarland, Urteil vom 4. Juni 2014, Az.: 5 U 81/13; *Georg Leppert*, Freie Wähler müssen neuen Namen suchen, in: FR online vom 25. Februar 2015, <http://www.fr-online.de/frankfurt/freie-waehler-frankfurt-freie-waehler-muessen-neuen-namen-suchen,1472798,29964954.html> (Abruf am 1. November 2016).

28 Freie Wähler Bayern, Freie Wähler gewinnen Musterprozeß gegen die CSU Aidenbach, <http://www.fw-bayern.de/aktuelles/archiv/2002/24-juli/> (Abruf am 1. Januar 2016).

abschließend geklärten namensrechtlichen Grauzone.“<sup>29</sup> Daraus ergeben sich für den interessierten Forscher erhebliche Zuordnungsschwierigkeiten. Dies und der Umstand, dass die den Freien Wählern zugehörigen Wählergemeinschaften nicht in einem Landesverband der Freien Wähler mitgliederschaftlich organisiert sein müssen, hat wohl dazu beigetragen, dass bisher keine repräsentative Studie zu den Mitgliedern existierte. Mit der im Jahr 2015 durchgeführten Studie wurde eine entsprechende Befragung trotz der vorhandenen Zugangsprobleme erstmalig in Angriff genommen.

### 3. Wer ist Mitglied der Freien Wähler?

Da keine vollständige Mitgliederdatenbank der Freien Wähler zur Verfügung steht, muss zwangsläufig auf die in Deutschland existierenden Wählergemeinschaften rekurriert werden. Denn nur durch diese Organisationen werden die natürlichen Mitglieder auch erfasst. Allerdings ist es aus den zuvor genannten Gründen mit einigen Problemen verbunden, valide zu bestimmen, welche Wählergemeinschaften<sup>30</sup> als Wählergemeinschaften der Freien Wähler beziehungsweise welche Personen als Mitglieder der Freien Wähler anzusehen sind.

*Oliver Stortz* nennt diesbezüglich vier potentielle Zuordnungskriterien: (1) die Nichtzugehörigkeit einer Wählergemeinschaft zu einer Partei, (2) die Nutzung des Namens „Freie Wähler“, (3) die Mitgliedschaft in einem Kreis- oder Landesverband der Freien Wähler und (4) das individuelle Bekenntnis zu den Freien Wählern.<sup>31</sup> Das erste Merkmal, die Nichtzugehörigkeit zu einer Partei, wird in unserer Studie als Zuordnungskriterium für unzureichend erachtet, da so auch Wählergemeinschaften als Freie Wähler erfasst würden, die keine Verbindung zu den Freien Wählern aufweisen. Auch das zweite Kriterium kann keine zuverlässige Zuordnung gewährleisten. Aufgrund der zuvor dargestellten Probleme hinsichtlich der Verwendung der Marke „Freie Wähler“ wird nicht auf die Selbstbezeichnung der Wählergemeinschaften rekurriert.

Hingegen tragen die beiden anderen Merkmale der Komplexität der Freien Wähler deutlich stärker Rechnung. Da aufgrund der hybriden Organisationsstruktur der Freien Wähler die Mitgliedschaft nicht wie bei den etablierten Parteien geregelt ist und somit kein eindeutiges Zuordnungskriterium existiert, ist es für die Validität der Ergebnisse notwendig, analytisch zwischen zwei Kriterien zu differenzieren. So werden in der Studie Befragte zum einen als Mitglieder der Freien Wähler interpretiert, wenn ihre Wählergemeinschaft Mitglied in einem Landesverband der Freien Wähler ist, der nicht vom Bundesverband der Freien Wähler ausgeschlossen wurde. Die Verwendung dieses Zuordnungskriteriums ermöglicht aber keine vollständige Erfassung, da in den meisten Landesverbänden keine formale individuelle Mitgliedschaft vorgesehen ist und für eine Wählergemeinschaft die

29 *Bernd Richter*, Das Namensrecht der politischen Gruppierungen FREIE WÄHLER im Spannungsfeld von § 12 BGB und § 4 PartG, in: *Axel Kokemoor / Karl Kroeschell / Klaus Slapnicar* u.a. (Hrsg.), *Recht im Dialog*, Baden-Baden 2013, S. 102 – 122, S. 107.

30 Siehe hierzu *Marion Reiser / Adrienne Krappidel*, Parteien ohne Parteilichkeit? Analyse zum Profil parteifreier Gruppierungen, in: *Sonderforschungsbereich 580* (Hrsg.), *Mitteilungen Nr. 25*, Halle an der Saale 2008, S. 74 – 102, S. 75.

31 Vgl. *Oliver Stortz*, *Das Prinzip der besten Köpfe. Die Freien Wähler in Baden-Württemberg. Eine landespolitische Perspektive*, Norderstedt 2009, S. 43.

Mitgliedschaft in einem Landesverband der Freien Wähler nicht verpflichtend ist. Neben dieser eher konservativen Bestimmung, die auf ein kollektives Merkmal einer Wählergemeinschaft Bezug nimmt, werden die Ergebnisse zum anderen auch hinsichtlich der kognitiven Zugehörigkeit ausgewiesen – unabhängig davon, ob die Befragten Mitglied in einer landesverbandlich organisierten Wählergemeinschaft sind. Stortz plädiert gerade dafür, das persönliche Bekenntnis zu den Freien Wählern „als sicheres Zuordnungskriterium“ heranzuziehen: „Freier Wähler ist, wer sich als Freier Wähler fühlt.“<sup>32</sup> Hieran kann kritisiert werden, dass im Gegensatz zu dem vorherigen Zuordnungskriterium die Gruppe der Mitglieder zwar nicht unter-, aber überschätzt wird, da eine kognitive Zugehörigkeit eben nicht das formale Moment einer Mitgliedschaft beinhalten muss. Konzeptionell werden die Befragten im Folgenden daher sowohl nach der Zugehörigkeit zu einem Landesverband als auch nach ihrem individuellen Bekenntnis als Mitglied getrennt eingestuft: Zum einen sind dies diejenigen Befragten, die Mitglied in einer Wählergruppe sind, die einem Landesverband angehört. Zum anderen handelt es sich um Personen, die sich den Freien Wählern persönlich zugehörig fühlen. Empirisch können zwischen beiden Personengruppen natürlich Überschneidungen bestehen.

#### 4. Feldzugang und Datengrundlage

Im Gegensatz zu bisherigen Parteimitgliederstudien<sup>33</sup> sah sich diese Untersuchung mit dem Problem konfrontiert, die Mitglieder der Freien Wähler nicht direkt, sondern nur über ihre Wählergemeinschaft beziehungsweise den jeweiligen Vorsitzenden kontaktieren zu können. Daher war es notwendig, auf alle in Deutschland bestehenden Wählergemeinschaften zuzugreifen. Da jedoch kein Verzeichnis über sämtliche Wählergemeinschaften existiert, dienten zunächst alle Städte und Gemeinden in Deutschland als Ausgangspunkt. Für die dispropor-tionale Stichprobe wurden anschließend 300 Städte und Gemeinden zufällig ausgewählt. Davon sind 60 Prozent Landstädte, 20 Prozent Kleinstädte und jeweils zehn Prozent Mittel- und Großstädte. Die Disproportionalität der Stichprobe erwies sich als notwendig, da ansonsten der Anteil der Mittel- und Großstädte zu gering gewesen wäre, um verlässliche Aussagen über die Grundgesamtheit treffen zu können. Bei einer proportionalen Ziehung wären schätzungsweise nur zwei Großstädte in die Stichprobe gelangt und damit deutlich zu wenig.<sup>34</sup>

32 Ebenda, S. 45.

33 Vgl. Heiko Biehl, Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005; Robert Heinrich / Malte Lübker / Heiko Biehl, Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation, Potsdam 2002 (unveröffentlicht); Viola Neu, Die Mitglieder der CDU. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.), Zukunftsforum Politik Nr. 84, Sankt Augustin / Berlin 2007; Tim Spier / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011.

34 Die Befragtenzahl wurde deshalb für die Analyse gewichtet. Die Gewichtungsfaktoren berechnen sich aus dem Istzustand, das heißt dem Anteil von Befragten aus einer jeweiligen Städtegrößenklasse an allen Befragten, und dem Sollzustand. Letzterer berücksichtigt, dass sich bei einer proportionalen Ziehung die Chance von Mitgliedern aus Großstädten, in die Stichprobe zu gelangen, verringert und von Mitgliedern aus Landstädten erhöht. Grundlage für die Berechnung des Sollzustands ist jeweils der Anteil einer bestimmten Städtegrößenklasse an allen Städten in Deutschland,

Innerhalb der ausgewählten Städte wurden anschließend die Kontaktadressen sämtlicher Wählergemeinschaften recherchiert, die bei der jeweils letzten Kommunalwahl kandidierten. Es erfolgte somit in jeder Stadt oder Gemeinde eine Vollerhebung der dort politisch aktiven Wählergemeinschaften. Zunächst wurden die Vorsitzenden der ausgewählten Wählergemeinschaften postalisch gebeten, ihre Mitgliederzahlen zu übermitteln und anzugeben, ob ihre Wählergemeinschaft Mitglied im Landesverband der Freien Wähler ist. Entsprechend der Mitgliederzahl erhielten die Vorsitzenden im darauffolgenden Schritt die Fragebögen mit der Bitte um Verteilung an die Mitglieder. Dies geschah in der Regel bei einer Sitzung der Wählergemeinschaft.<sup>35</sup>

In den 300 Städten und Gemeinden der Stichprobe hatte in 81 Prozent der Fälle mindestens eine Wählergemeinschaft an der jeweils letzten Kommunalwahl teilgenommen. Von den insgesamt 453 ermittelten Wählergemeinschaften gaben uns 189 Auskunft über ihre Mitgliederzahl und ob eine Mitgliedschaft im Landesverband der Freien Wähler besteht. An der anschließenden Mitgliederbefragung beteiligten sich wiederum 66 Prozent der Wählergruppen und 866 Mitglieder. Die Rücklaufquote auf Mitgliederebene lag bei 13 Prozent.<sup>36</sup> Die Wählergemeinschaften der Stichprobe, die in einem Landesverband der Freien Wähler mitgliederschaftlich organisiert sind, stammen aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Von den 866 befragten Personen fühlten sich 498 beziehungsweise 57,5 Prozent den Freien Wählern kognitiv zugehörig. Eine kollektive Zugehörigkeit der Befragten – über die Mitgliedschaft ihrer Wählergemeinschaft in einem Landesverband der Freien Wähler – konnte im Fall von 34,3 Prozent beziehungsweise 297 Personen ermittelt werden.<sup>37</sup> Da sich 86,7 Prozent derjenigen, die über die Mitgliedschaft ihrer Wählergemeinschaft in einem Landesverband als Freie Wähler eingestuft wurden, auch den Freien Wählern zugehörig fühlten, bestehen empirisch deutliche Überschneidungen beider Gruppen.

## 5. Selbstbild der Freien Wähler

Da sich die Freien Wähler in ihrer Programmatik und Selbstdarstellung traditionell nicht als „Anti-Parteien-Partei“ wie die Grünen während ihrer Anfangszeit<sup>38</sup>, sondern als „Anti-Parteien-Wählergemeinschaft“ positionieren, stellen sie nicht nur inhaltlich einen Gegenpol

in denen mindestens eine Wählergemeinschaft existiert. Der Anteilswert wurde multipliziert mit der durchschnittlichen Befragtenzahl pro Städtegrößenklasse, um so der Zahl der Befragten pro Städtegrößenklasse bei einer einfachen Stichprobenziehung Rechnung zu tragen.

35 Da dies den einzig möglichen Feldzugang darstellte, musste die Gefahr einer Verzerrung in Kauf genommen werden.

36 Die Berechnungsgrundlage bildet die Zahl der 6.717 Mitglieder, die insgesamt von den Vorsitzenden der Wählergemeinschaften an uns übermittelt wurden.

37 Während die Mitgliedschaft einer Wählergemeinschaft in einem Landesverband der Freien Wähler über den Vorsitzenden der jeweiligen Wählergemeinschaft ermittelt werden konnte, wurde die persönliche Zugehörigkeit der Befragten direkt erfragt. Den Teilnehmern der Studie wurde zuvor folgende Definition vorgelegt: „Als Freie Wähler werden häufig Wählergemeinschaften bezeichnet, die in einem Landesverband organisiert sind, aber auch Personen, die sich den Freien Wählern zugehörig fühlen oder in der Bundesvereinigung Freie Wähler Mitglied sind.“

38 Siehe *Thomas Poguntke*, *Alternative Politics: The German Green Party*, Edinburgh 1993.



zu den politischen Parteien dar, sondern wollen darüber hinaus auch organisatorisch keine Partei sein. Die ablehnende Haltung gegenüber den etablierten Parteien und dem Parteienstaat ist ein wesentliches Element im Auftreten der Freien Wähler. Sie bedienen so die entsprechenden Bedürfnisse und Orientierungen eines wachsenden Teils der Bevölkerung. Allerdings ist zu konstatieren, dass die strikte Ablehnung der Organisationsform „Partei“ durch die seit 2009 flächendeckende Gründung von Landesvereinigungen aufgebrochen wurde. Dieser Zwiespalt lässt sich deutlich in der Selbstbeschreibung der Landesvereinigung der Freien Wähler in Baden-Württemberg wiederfinden:

„Wir erfüllen die Voraussetzungen des Parteiengesetzes, um an Landtags- und Bundestagswahlen teilnehmen zu können. Aber Machthunger, Parteihörigkeit und Fraktionszwang sind uns fremd. Wir sehen uns damit als das Korrektiv zu den Parteien, die leider immer häufiger, zum Schaden unserer Demokratie, ihre eigenen Interessen über die der Bürger stellen.“<sup>39</sup>

Radikaler als die Landesvereinigung ist der Landesverband der Freien Wähler in Baden-Württemberg in seiner Abneigung gegenüber den Parteien. Dieser stellt fest:

„Die Freien Wähler Baden-Württemberg sind keine Partei. Sie kandidieren weder für Landtag noch für Bundestag. Sie sind die Alternative zu den Parteien in den Kommunen.“<sup>40</sup>

Konsequenterweise beendete der baden-württembergische Landesverband im Jahr 2009 dann auch seine Mitgliedschaft im Bundesverband der Freien Wähler, nachdem dieser für die Europawahl desselben Jahres mit der Bundeswählergruppe Freie Wähler eine Partei gegründet hatte. Die zentrale Konfliktlinie beziehungsweise die Gretchenfrage, die die Freien Wähler seitdem politisch spaltet, stellt folglich deren Haltung zur Parteiwerdung dar.

Auf die Frage, wie sie die Freien Wähler organisatorisch wahrnehmen, stuften die Teilnehmer der Studie unabhängig von der kognitiven oder kollektiven Zugehörigkeit jeweils nur zu vier Prozent die Freien Wähler als Partei ein. Die deutliche Mehrheit definierte sie eindeutig als Wählergemeinschaft, wobei dieser Wert unter den Personen, die sich den Freien Wählern kognitiv zugehörig fühlten, mit 58,2 Prozent noch höher ausfiel (vgl. Tabelle 1).

Allerdings nahmen 37,7 beziehungsweise 42,7 Prozent die Freien Wähler sowohl als Partei als auch als Wählergemeinschaft wahr. Es stehen demnach innerhalb der Freien Wähler die Modernisierer den Traditionalisten etwa gleich stark gegenüber. Erstere kennzeichnen sich durch ihre Offenheit gegenüber dem Parteistatus, letztere durch dessen Ablehnung.

**Tabelle 1: Selbsteinschätzung der Freien Wähler (in Prozent)**

	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
Wählergemeinschaft	58,2	52,9
Politische Partei	4,1	4,4
Sowohl als auch	37,7	42,7

Anmerkung: n = 440 (kognitive Zugehörigkeit); n = 201 (kollektive Zugehörigkeit).  
Quelle: Eigene Berechnung; gewichtete Daten.

39 Freie Wähler Baden-Württemberg, <http://www.freie-waehler-baden-wuerttemberg.de/> (Abruf am 1. Januar 2016).

40 Freie Wähler Baden-Württemberg, Freie Wähler – Keine Partei aber starke politische Kraft, <http://landesverband.freiewaehler.de/files/2013/02/FWLW-FW-keine-Partei-pol-Kraft-1.pdf> (Abruf am 1. Januar 2016).

## 6. Engagement der Freien Wähler

Nachdem die Selbsteinschätzung der Freien Wähler eine überraschende Offenheit gegenüber der Organisationsform Partei offenbart, ist zu untersuchen, inwiefern die Einschätzung der Freien Wähler im Zusammenhang mit der Frage steht, auf welchen Ebenen des politischen Systems sie sich künftig verstärkt engagieren sollen. Dabei geht es um die Befragten, die Mitglied einer landesverbandlich organisierten Wählergemeinschaft sind und somit die politische Ausrichtung der Landesverbände und des Bundesverbands der Freien Wähler auch effektiv beeinflussen können.

Erwartungsgemäß sprechen sich die Befragten, die die Freien Wähler als Wählergemeinschaft einschätzen, vergleichsweise häufig dafür aus, sich mehr auf kommunaler Ebene einzusetzen (33,3 Prozent). Allerdings plädieren 48,6 Prozent für ein verstärktes Engagement auf kommunaler und überregionaler Ebene. Werden die Freien Wähler auch oder ausschließlich als Partei betrachtet, wünscht sich die deutliche Mehrheit ebenfalls stärkeren Einsatz auf allen Ebenen (67,4 Prozent beziehungsweise 75 Prozent). Eine exklusive Fokussierung auf die überregionalen Ebenen des politischen Systems findet die höchste Zustimmung bei den Befragten, die die Freien Wähler sowohl als Partei als auch als Wählergemeinschaft einschätzen (22,1 Prozent). Insgesamt präferieren die Freien Wähler also mehrheitlich ein verstärktes Engagement auf kommunaler und überregionaler Ebene (vgl. Tabelle 2).

	Wählergemeinschaft	Politische Partei	Sowohl als auch
Kommunal	33,3 (17,6)	12,5 (0,5)	10,5 (4,5)
Kommunal und überregional	48,6 (25,6)	75,0 (3,0)	67,4 (29,1)
Überregional	18,1 (9,5)	12,5 (0,5)	22,1 (9,5)
	100 %	100 %	100 %

Anmerkung: n = 199 (kollektive Zugehörigkeit).  
 Lesebeispiel: 33,3 Prozent der Befragten, die Mitglied einer landesverbandlich organisierten Wählergemeinschaft sind und die Freien Wähler als Wählergemeinschaft einstufen, sprechen sich für ein stärkeres Engagement ausschließlich auf der kommunalen Ebene aus. Gesamtwerte in Klammern.  
 Quelle: Eigene Berechnung; gewichtete Daten.

## 7. Bewertung der etablierten Parteien

Da anzunehmen ist, dass die Skepsis gegenüber dem Parteistatus zu einem gewissen Grad aus der Unzufriedenheit mit der deutschen Parteiendemokratie resultiert, wäre es nicht überraschend, wenn die Freien Wähler die politische Konkurrenz, die etablierten Parteien, negativ bewerteten beziehungsweise eine hohe Parteienverdrossenheit anzutreffen wäre.

Bezüglich der Bewertung der im Bundestag vertretenen Parteien ergeben sich für kognitiv wie kollektiv Zugehörige relativ ähnliche Ergebnisse (vgl. Tabelle 3). So stehen etwa zwei Drittel der Befragten den Bundestagsparteien eher negativ gegenüber, weniger als ein Drittel besitzt eine wohlwollende oder begeisterte Einstellung. Insgesamt überwiegen die Skeptiker mit einem Anteil von jeweils über 55 Prozent deutlich. Die Anti-Parteien-Rhetorik, die in den Programmen und Selbstbeschreibungen der Landesverbände wie Landesver-

Tabelle 3: Bewertung der im Bundestag vertretenen etablierten Parteien (in Prozent)

	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
Begeisterung	3,1	2,5
Wohlwollen	28,7	25,0
Indifferenz	4,0	2,0
Skepsis	55,1	59,2
Verdrossenheit	9,1	11,3

Anmerkung: n = 428 (kognitive Zugehörigkeit); n = 200 (kollektive Zugehörigkeit).  
 Quelle: Eigene Berechnung; gewichtete Daten; Index nach *Oskar Niedermayer*, a.a.O. (Fn. 41), S. 51;  
 Grundlage ist die Bewertung der während der Feldphase 2015/2016 im Bundestag vertretenen Parteien  
 CDU/CSU, SPD, Linke und Grüne auf einer 11-Punkte-Skala gemäß dem Parteiskalometer der For-  
 schungsgruppe Wahlen.

einigungen der Freien Wähler zu finden ist, spiegelt sich demnach auch in den Einstellungen ihrer Mitglieder wider. Dies wird noch sichtbarer, wenn die Werte mit den Einstellungen in der Gesamtbevölkerung verglichen werden: Selbst der zwischen 1994 und 2011 höchste gemessene Wert parteienskeptischer Einstellungen in der Bundesrepublik liegt mit 45 Prozent noch deutlich unter dem der Mitglieder der Freien Wähler.<sup>41</sup>

Aufgrund dieser ausgeprägten Skepsis gegenüber den Parteien interessiert umso mehr, für wen die Mitglieder der Freien Wähler bei Wahlen auf überregionaler Ebene, konkret bei Bundestagswahlen, stimmen würden. Da die Freie Wähler Bundesvereinigung zu Bundestagswahlen antritt, ist zu vermuten, dass sich der Großteil der Befragten für sie ausspricht.

Wider Erwarten lässt sich diese Annahme jedoch nur teilweise bestätigen: Zwar würden 32 beziehungsweise 48,8 Prozent der Befragten die Freie Wähler Bundesvereinigung wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, allerdings würden auch 28,5 beziehungsweise 20,5 Prozent ihre Stimme den Unionsparteien geben (vgl. Tabelle 4). Diese Ergebnisse stehen in Einklang mit der Bewertung der Bundestagsparteien. So bringt zwar der Großteil der Freien Wähler gegenüber den im Bundestag vertretenen Parteien eine ablehnende Haltung zum Ausdruck, aber mehr als ein Viertel der Freien Wähler ist den Parteien gegenüber auch positiv gesinnt. Es ist zu vermuten, dass ohne die Existenz der Bundesvereinigung der Stimmenanteil der Unionsparteien noch höher ausfallen würde – eine Annahme, die in der Politik immer wieder formuliert wird. So sah beispielsweise der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, *Reiner Haseloff*, einen Zusammenhang zwischen den Stimmenverlusten der CDU bei der Landtagswahl 2011 und der Kandidatur der Landesvereinigung der Freien Wähler.<sup>42</sup>

41 Operationalisierung: Werden alle im Bundestag vertretenen Parteien positiv beurteilt, liegt „Begeisterung“ vor. Eine im Durchschnitt positive Bewertung der Bundestagsparteien wird als „wohlwollend“ gekennzeichnet. Eine im Schnitt neutrale Bewertung führt zu „Indifferenz“. „Skepsis“ ist operationalisiert als durchschnittlich negative Bewertung, während die negative Beurteilung sämtlicher Bundestagsparteien als „Verdrossenheit“ klassifiziert ist. Siehe dazu ausführlich *Oskar Niedermayer*, Keine Parteienverdrossenheit, aber Parteienkritik. Die Bürgerorientierungen gegenüber den Bundestagsparteien, in: ders. / *Benjamin Höhne* / *Uwe Jun* (Hrsg.), *Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest*, Wiesbaden 2013, S. 45 – 66, S. 51, S. 57.

42 Vgl. *Dörthe Hein*, Mögen die Verhandlungen beginnen, in: Stern online vom 21. März 2011, <http://www.stern.de/politik/deutschland/sachsen-anhalt-moegen-die-verhandlungen-beginnen-1665948.html> (Abruf am 1. Januar 2016).

	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
Freie Wähler Bundesvereinigung	32,0	48,8
CDU/CSU	28,5	20,5
SPD	11,9	6,3
Bündnis 90/Die Grünen	9,3	7,0
FDP	6,4	2,8
AfD	3,1	2,8
Die Linke	3,0	4,2
Sonstige Parteien	3,6	4,6
Wahlenthaltung	2,2	3,0

Anmerkung: n = 431 (kognitive Zugehörigkeit); n = 199 (kollektive Zugehörigkeit).  
Quelle: Eigene Berechnung; gewichtete Daten.

	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
<b>Politische Einstufung der Bundesvereinigung</b>		
eher links bis links	8,3	8,5
politische Mitte	77,4	78,1
eher rechts bis rechts	14,4	13,4
n	403	193
<b>Bewertung der Bundesvereinigung</b>		
eher negativ bis negativ	17,1	18,1
neutral	11,8	8,4
eher positiv bis positiv	71,1	73,5
n	431	199

Quelle: Eigene Berechnung; gewichtete Daten.

Auffällig ist, dass trotz ausgeprägter Skepsis gegenüber den etablierten Parteien (vgl. Tabelle 3) nur sehr wenige Befragte sich der Wahl enthalten (2,2 beziehungsweise 3,0 Prozent) oder zur Wahl sonstiger Parteien tendieren (3,6 beziehungsweise 4,6 Prozent, vgl. Tabelle 4). Überraschend ist zudem, dass sich unter den Befragten, die sich den Freien Wählern kognitiv zugehörig fühlen, 11,9 Prozent für die SPD und 9,3 Prozent für die Grünen aussprechen beziehungsweise 6,3 Prozent und 7,0 Prozent der kollektiv Zugehörigen. Dies korrespondiert mit der politischen Selbsteinstufung der Befragten. So verortet sich zwar die deutliche Mehrheit (58,5 Prozent der kognitiv beziehungsweise 61,3 Prozent der kollektiv Zugehörigen) in der politischen Mitte, allerdings positioniert sich knapp ein Fünftel der Befragten links beziehungsweise eher links (19,5 Prozent der kognitiv und 17,9 Prozent der kollektiv Zugehörigen). Ebenfalls ein Fünftel sieht sich politisch rechts der Mitte (22 Prozent der kognitiv und 20,8 Prozent der kollektiv Zugehörigen).

Die Mitglieder der Freien Wähler verorten sich nicht nur selbst mehrheitlich in der politischen Mitte, sondern auch die Bundesvereinigung der Freien Wähler (vgl. Tabelle 5). Jeweils über 77 Prozent der Befragten ordnen die Bundesvereinigung in der Mitte des politischen Spektrums ein, was mit deren Selbstbild korrespondiert: Sie stellt sich als „die unabhängige Kraft der Mitte“<sup>43</sup> dar.

43 Freie Wähler Bundesvereinigung, a.a.O. (Fn. 19).

Da die Bundesvereinigung aufgrund der politischen Verortung nahezu perfekt zu den Mitgliedern der Freien Wähler passt, überrascht die Bewertung dieser politischen Organisation nicht weiter. Über 71 Prozent der Befragten beurteilen die Bundesvereinigung – den parteilichen Arm der Freien Wähler – positiv beziehungsweise eher positiv. Nur circa ein Sechstel der Befragten ist ihr gegenüber negativ eingestellt (vgl. Tabelle 5). Aufgrund der Ergebnisse stellt sich jedoch automatisch die Frage, warum bei dieser deutlich positiven Bewertung die Bundesvereinigung nur knapp 5.000 Mitglieder aufweist, also nicht stärker als politische Organisation genutzt wird.

### 8. Organisationsstruktur der Freien Wähler

Von 185 der 189 an der Mitgliederstudie beteiligten Wählergruppen liegen Daten über Mitgliedszahlen und das Gründungsdatum vor; davon sind 20 Prozent Mitglied in einem Landesverband der Freien Wähler.

**Tabelle 6: Mitgliedszahlen deutscher Wählergemeinschaften (in Prozent)**

	Freie Wähler- Wählergemeinschaft	Sonstige Wählergemeinschaft
bis 10 Mitglieder	0,0	20,1
11 bis 50 Mitglieder	69,4	63,1
51 bis 100 Mitglieder	25,0	13,4
101 bis 150 Mitglieder	2,8	2,7
mehr als 150 Mitglieder	2,8	0,7

Anmerkung: n = 36 (landesverbandlich organisierte Wählergemeinschaften); n = 149 (nicht verbandlich organisierte Wählergemeinschaften).  
Quelle: Eigene Berechnung.

Knapp 70 Prozent der landesverbandlich organisierten Gruppen weisen bis zu 50 Mitglieder auf, bei den sonstigen Wählergruppen liegt der Anteil mit 63,1 Prozent etwas niedriger (vgl. Tabelle 6). Während jede fünfte nicht verbandlich organisierte Wählergemeinschaft bis zu zehn Mitglieder umfasst, trifft dies auf keine der landesverbandlich organisierten Gruppen zu. Zwar sind nur relativ wenige Wählergruppen in einem Landesverband der Freien Wähler Mitglied, doch weisen diese mit durchschnittlich 51 Mitgliedern mehr auf als sonstige Wählergruppen (durchschnittlich 33 Mitglieder).<sup>44</sup>

Eine Ursache für die Heterogenität der durchschnittlichen Mitgliederzahlen zwischen landesverbandlich organisierten und sonstigen Wählergemeinschaften mag die längere Existenz und damit verbundene organisatorische Festigkeit der Freien Wähler sein. Im Folgenden wird daher aufgezeigt, wann sich die Freien Wähler im Vergleich zu sonstigen Wählergruppen gründeten.

Im Vergleich zu sonstigen Wählergruppen konstituierten sich vor 1960 fast doppelt so viele verbandlich organisierte Wählergemeinschaften der Freien Wähler. In den 1960ern

<sup>44</sup> Dies steht in Einklang mit den Daten von *Marion Reiser* und *Adrienne Krappidel*, die anhand ihrer Wählergemeinschaftsstudie zu dem Ergebnis kamen, dass in einer Kommunalen Wählergemeinschaft durchschnittlich 56 Personen Mitglied sind. Vgl. *dies.*, a.a.O. (Fn. 30), S. 80.

**Tabelle 7: Gründungsintervalle von Wählergemeinschaften in Deutschland (in Prozent)**

	Freie Wähler- Wählergemeinschaft	Sonstige Wählergemeinschaft
vor 1960	13,9	7,2
1961 bis 1970	11,1	2,6
1971 bis 1980	11,1	11,8
1981 bis 1990	13,9	10,5
1991 bis 2000	22,2	20,9
2001 bis 2010	25,0	24,2
nach 2010	2,8	22,9

Anmerkung: n = 36 (verbandlich organisierte Wählergemeinschaften); n = 153 (nicht verbandlich organisierte Wählergemeinschaften).  
Quelle: Eigene Berechnung.

wurde circa jede zehnte Wählergemeinschaft der Freien Wähler gegründet, aber nur drei Prozent der sonstigen Wählergemeinschaften (vgl. Tabelle 7). In den darauffolgenden Jahrzehnten glich sich die Zahl der Neugründungen auf relativ hohem Niveau an. Eine Abkehr von diesem Trend ist jedoch seit dem Jahr 2010 festzustellen: Fast ein Viertel aller sonstigen Wählergemeinschaften gründete sich erst in den letzten fünf Jahren. Bei den Freien Wählern waren es nur knapp drei Prozent. Eine mögliche Erklärung für die große Zahl an neuen, nicht landesverbandlich organisierten Wählergemeinschaften liefert *Everhard Holtmann*:

„[Es] spricht theoretisch etliches für die Annahme, dass aus dem dynamischen Zusammenhang von Wertewandel und Suburbanisierung (...) ein ‚neuer Typus‘ von KWG [Kommunale Wählergemeinschaft, Anm. der Verfasser] aufsteigt, der sich als kommunaler Anwalt der lokalen Interessen von Angehörigen einer vermehrt in das Umland großer Städte abwandernden, postmaterialistischen Mittelschicht positioniert.“<sup>45</sup>

Da, wie zu Beginn erwähnt, die Mitgliedschaft einer Wählergemeinschaft in einem Landesverband der Freien Wähler nicht an den Namen „Freie Wähler“ gebunden ist, stellt sich die Frage, wie viele Wählergruppen, die in einem Landesverband der Freien Wähler organisiert sind, auch einen Namensbezug zu den Freien Wählern aufweisen. Die Beantwortung dieser Frage gibt auch Auskunft darüber, ob ein reiner Bezug auf den Namen „Freie Wähler“ als wissenschaftliches Klassifikationskriterium von Wählergemeinschaften angebracht wäre.

Tabelle 8 stellt den Zusammenhang zwischen verbandsmitgliedschaftlich organisierten und sonstigen Wählergemeinschaften und deren Namensgebung dar. 75 Prozent der landesverbandlich organisierten Wählergruppen weisen in ihrem Namen einen Bezug zu den Freien Wählern auf<sup>46</sup>, jedoch nur etwa jede sechste sonstige Wählergruppe. Die Mitgliedschaft in einem Landesverband der Freien Wähler spiegelt sich daher häufig in der Namens-

45 *Everhard Holtmann*, Parteilos im Parteienstaat – Kommunale Wählergemeinschaften in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: *Martin Morlok / Thomas Poguntke / Jens Walther* (Hrsg.), Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, Baden-Baden 2012, S. 25 – 50, S. 43.

46 Eine namentliche Zugehörigkeit liegt vor, wenn die Begriffe „Frei“ und „Wähler“ Bestandteile des Namens einer Wählergemeinschaft sind, wie beispielsweise Freie Wählergemeinschaft oder Freie Wählergruppe.

**Tabelle 8: Selbstbezeichnung von Wählergemeinschaften und Verbandszugehörigkeit (in Prozent)**

	Freie Wähler- Wählergemeinschaft	Sonstige Wählergemeinschaft
Namensbezug zu den Freien Wählern	75,0 (14,3)	16,3 (13,2)
Kein Namensbezug zu den Freien Wählern	25,0 (4,8)	83,7 (67,7)

Anmerkung: n = 36 (verbandlich organisierte Wählergemeinschaften); n = 153 (nicht verbandlich organisierte Wählergemeinschaften); Gesamtwerte in Klammern.  
Quelle: Eigene Berechnung.

**Tabelle 9: Organisatorische Aspekte der Freien Wähler (in Prozent)**

	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
Mitgliedsantrag	34,6	42,5
Mitgliedsbeitrag	62,6	79,7
Mandatsträger	38,9	35,3

Anmerkung: n = 429 (kognitive Zugehörigkeit); n = 199 (kollektive Zugehörigkeit).  
Quelle: Eigene Berechnung; gewichtete Daten.

gebung wider. Es finden sich aber auch Wählergemeinschaften, die nicht in einem Dachverband der Freien Wähler organisiert sind und dennoch den Namen „Freie Wähler“ verwenden.

Die Daten bestätigen die methodischen Schwierigkeiten bei einer empirischen Untersuchung der Freien Wähler: Wird zur Erhebung ihrer Wählergemeinschaften ausschließlich auf die Namensbezeichnung rekurriert, ist ein Viertel der in den Landesverbänden organisierten Wählergruppen von vornherein ausgeschlossen. Die ausschließliche Berücksichtigung von landesverbandlich organisierten Gruppen ignoriert hingegen lose organisierte Freie Wähler.

Neben der Verwendung des Namens „Freie Wähler“ ist von weiterem Forschungsinteresse, wie die Freien Wähler strukturiert und organisiert sind. Inwieweit handelt es sich bei diesen Wählergemeinschaften um parteiähnliche Organisationen mit klar definierten Organisationsgrenzen?

Wird danach gefragt, ob zur Aufnahme in die Wählergemeinschaft ein Mitgliedsantrag gestellt werden musste, wird dies von 34,6 beziehungsweise 42,5 Prozent der Mitglieder bestätigt (vgl. Tabelle 9). Dieses Ergebnis steht in deutlichem Widerspruch zur Organisationspraxis deutscher Parteien, bei denen die Mitgliedschaft in Deutschland „durch ein formales Beitrittsverfahren vollzogen“<sup>47</sup> wird. Die skeptische Haltung gegenüber den Parteien drückt sich somit nicht nur in den Einstellungen der Mitglieder aus, sondern auch in dem vergleichsweise geringeren Formalisierungsgrad der Wählergemeinschaften.

Allerdings müssen 62,6 Prozent der kognitiv zugehörigen Mitglieder beziehungsweise fast 80 Prozent der kollektiv Zugehörigen einen finanziellen Beitrag an die Wählergemeinschaft abführen. Kollektiv Zugehörige haben also weitaus häufiger einen Mitgliedsbeitrag zu zahlen als kognitiv Zugehörige. Die Mitgliedschaft einer Wählergemeinschaft in einem Landesverband geht demnach mit einem höheren Formalisierungsgrad einher, der womög-

47 Elmar Wiesendahl, Parteien, Frankfurt am Main 2006, S. 27.

lich auf das längere Bestehen von landesverbandlich organisierten Wählergemeinschaften zurückzuführen ist.

Wird zudem der Anteil der Mandatsträger betrachtet, ist festzustellen, dass dieser sich nur in geringem Maße zwischen den beiden Gruppen unterscheidet und zwischen 35 und knapp 39 Prozent liegt. Interessant ist, wie stark der Anteil an Männern unter den Mandatsträgern ausfällt. Unter den verbandlich organisierten Mandatsträgern dominieren sie mit 80,9 Prozent, und unter den sich kognitiv zugehörig fühlenden Mandatsträgern beträgt der Anteil an Männern 77,8 Prozent.

Dies entspricht den Ergebnissen von *Stortz*, der aufgrund einer Erhebung der Stadt- und Gemeinderäte in Baden-Württemberg zu dem Ergebnis gelangte, dass Frauen unter den Mandatsträgern der Freien Wähler deutlich unterrepräsentiert sind.<sup>48</sup> Er beschreibt das soziodemographische Profil der Freien Wähler daher wie folgt: „Überwiegend männlich, beruflich prominent, ehrenamtlich engagiert, gesellschaftlich etabliert.“<sup>49</sup>

### 9. Sozialprofil der Freien Wähler

Auch die vorliegende Studie ergibt, dass weibliche Mitglieder bei den Freien Wählern eine Minderheit darstellen. Die Freien Wähler sind mit einem Anteil von knapp über 70 Prozent eindeutig männlich dominiert und unterscheiden sich diesbezüglich nicht von der Geschlechterverteilung der Mitglieder etablierter Parteien in Deutschland. Die Geschlechterverteilung ähnelt dabei am ehesten der von CDU und SPD.<sup>50</sup>

Wird die Altersstruktur in den Blick genommen, zeigt sich, dass Mitglieder im Alter von 50 bis 64 Jahren die relativ stärkste Gruppe bilden (vgl. Tabelle 10) und fast die Hälfte aller Mitglieder ausmachen. Zum Vergleich: In den deutschen Parteien befindet sich lediglich ein Drittel der Mitglieder in dieser Altersspanne.<sup>51</sup> Im Gegensatz zu den Parteimitgliedern fällt der Anteil der über 65-Jährigen bei den Freien Wählern über vier Prozentpunkte (kognitiv Zugehörige) beziehungsweise zwölf Prozentpunkte (kollektiv Zugehörige) geringer aus, der Anteil der bis 34-Jährigen beträgt knapp drei Prozentpunkte weniger.

In Untersuchungen, die sich mit dem Sozialprofil der Freien Wähler befassen, finden sich zwar so gut wie keine Aussagen zur Altersstruktur der Mitglieder, allerdings wird relativ eindeutig ihre Schichtzugehörigkeit benannt. So werden die Freien Wähler gemeinhin als lokale Honoratioren bezeichnet, die im Mittelstand verwurzelt sind: „Es sind die besser Ausgebildeten und Verdienenden, mit langer Wohndauer in der Gemeinde, Haus- und Grundbesitz, guter Ortskenntnis, lokalem Engagement und untadeligem Ruf, die den typischen Repräsentanten der Freien Wähler ausmachen.“<sup>52</sup> Auch *Holtmann* sieht Wählerge-

48 Vgl. *Oliver Stortz*, a.a.O. (Fn. 31), S. 53.

49 Ebenda, S. 53.

50 Vgl. *Markus Klein*, Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?, in: *Tim Spier | ders. | Ulrich von Alemann | Hanna Hoffmann | Annika Laux | Alexandra Nonnenmacher | Katharina Rohrbach* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 33), S. 39 – 59, S. 43; *Oskar Niedermayer*, Parteimitgliedschaften im Jahre 2016, in: *ZParl*, 48. Jg. (2017), H. 2, S. 370 – 396, S. 379.

51 Eine Ausnahme bilden die Grünen, die im Jahre 2016 mit knapp 40 Prozent ihrer Mitglieder in dieser Altersspanne dem Profil der Freien Wähler am ehesten ähneln, vgl. *Oskar Niedermayer*, a.a.O. (Fn. 50), S. 383 f.

52 *Hans-Georg Webling | Oliver Stortz*, a.a.O. (Fn. 3), S. 285.



Tabelle 10: Sozialprofil der Mitglieder der Freien Wähler (in Prozent)		
	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
Geschlecht		
Mann	73,4	70,3
Frau	26,6	29,7
n	436	197
Alter		
bis 34 Jahre	4,5	4,9
35 bis 49 Jahre	14,0	21,2
50 bis 64 Jahre	45,9	45,9
65 bis 79 Jahre	31,8	24,5
80 Jahre und älter	3,9	3,5
n	432	195
Schichtzugehörigkeit		
Unterschicht	1,3	0,8
untere Mittelschicht	13,2	15,0
mittlere Mittelschicht	52,3	55,6
obere Mittelschicht	29,1	24,7
Oberschicht	1,7	2,0
keiner dieser Schichten	2,4	1,9
n	432	195
Berufsgruppen		
Arbeiter	12,1	10,1
Angestellte	30,1	30,4
Beamte / Angestellte im öffentlichen Dienst	32,1	34,5
Selbstständige	20,4	21,8
Akademische freie Berufe / Freiberufler	5,3	3,2
n	422	190
Quelle: Eigene Berechnung, gewichtete Daten.		

meinschaften als Repräsentanten des Mittelstands an: „Parteifreie Gruppierungen haben in Deutschland seit jeher den kommunalen Interessen insbesondere des alten Mittelstandes von Handwerk, Handel und Gewerbe politisch Gewicht und Stimme verliehen.“<sup>53</sup> *Haller* bestätigt ebenfalls anhand einer Lokalstudie zur Kommunalwahl in Freiburg die sozialstrukturelle Verankerung der Freien Wähler im Mittelstand.<sup>54</sup>

Betrachtet man die Erwerbstätigkeit der Mitglieder, lässt sich die in der Literatur vorzufindende Einstufung der Freien Wähler als Repräsentanten des Mittelstands bestätigen. Dabei stammt der überwiegende Teil jedoch aus dem neuen Mittelstand<sup>55</sup>: Jeweils über

53 *Everhard Holtmann*, Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik, in: *Oscar W. Gabriel / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 406 – 427, S. 426.

54 Vgl. *Hans-Martin Haller*, a.a.O. (Fn. 11), S. 360 ff.

55 Zur Definition siehe *Klaus Schubert / Martina Klein*, *Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge*, Bonn 2011, S. 196.

60 Prozent der Mitglieder sind Beamte oder Angestellte. Nur ein Fünftel kann dem alten Mittelstand, also selbstständigen Handwerkern, Landwirten oder Gewerbetreibenden, zugerechnet werden (vgl. Tabelle 10).

Allerdings ähnelt die Zugehörigkeit der Freien Wähler zu den verschiedenen Berufsgruppen annähernd der Verteilung in den Parteien<sup>56</sup>: Mehr als jedes zehnte Parteimitglied bezeichnet sich als Arbeiter, bei den Freien Wählern sind es je nach Zugehörigkeitstyp zwischen zehn und zwölf Prozent. Der Anteil der Angestellten und Beamten beziehungsweise Angestellten im öffentlichen Dienst liegt jeweils bei circa einem Drittel und gleicht dem der Mitglieder von CDU/CSU und der Linken. Jeder fünfte Freie Wähler ist selbstständig tätig, ebenso wie bei den Mitgliedern der Bundestagsparteien.<sup>57</sup> Während bei diesen allerdings sechs Prozent freiberuflich arbeiten, sind es bei den Freien Wählern geringfügig weniger (drei beziehungsweise fünf Prozent). Insofern ist eine weitgehende Kongruenz in der beruflichen Stellung zwischen Parteimitgliedern und den Mitgliedern der Freien Wähler zu konstatieren.

Hinsichtlich der subjektiven Schichteinstufung lässt sich ebenfalls eine Dominanz der Mittelschicht bestätigen: Etwas mehr als die Hälfte der Freien Wähler rechnet sich der mittleren Mittelschicht zu. Zwischen 25 und 29 Prozent fühlen sich der oberen Mittelschicht zugehörig, etwa jeder Sechste der unteren Mittelschicht. Die Verteilung gleicht der der deutschen Parteimitglieder, insbesondere der Mitgliederstruktur von CDU und CSU.<sup>58</sup>

Hinsichtlich der politischen Orientierungen und gesellschaftlichen Werte in der Mitgliedschaft der Freien Wähler findet sich in ihrem Grundsatzprogramm folgende Selbstbeschreibung:

„Wir Freien Wähler sind wertkonservativ, da wir uns für den Erhalt gewachsener lokaler, regionaler und nationaler Traditionen nachdrücklich einsetzen. Wir sind aber zugleich auch bürgerlich-liberal, da wir für Bürgerrechte und damit die Freiheit des Einzelnen eintreten.“<sup>59</sup>

Die Bundesvereinigung der Freien Wähler stellt sich selbst als wertkonservativ wie auch als bürgerlich-liberal dar und offenbart damit eine Bindungsscheue bezüglich der konkreten Zuordnung zu einer politischen Strömung, die mit der Heterogenität der politischen Selbsteinstufung der Mitglieder korrespondiert. Inwiefern werden diese Positionen aber auch von den Mitgliedern der Freien Wähler vertreten? Zu ihrer ideologischen Verortung werden zwei Dimensionen politischer und gesellschaftlicher Einstellungen in den Blick genommen: die soziokulturelle und die sozioökonomische Dimension. Bezüglich der Indikatoren beziehungsweise der relevanten Themen dient die Parteimitgliederstudie von *Tim Spier* u.a. als Orientierung.<sup>60</sup>

Die soziokulturelle Dimension wird über vier Aussagen abgebildet: „Die Möglichkeit zur Volksabstimmung sollte auch in das Grundgesetz aufgenommen werden“, „Der Schwangerschaftsabbruch sollte weniger streng geregelt werden“, „Straftäter sollten härter

56 Vgl. *Markus Klein*, a.a.O. (Fn. 50), S. 50.

57 Vgl. ebenda.

58 Vgl. ebenda, S. 52.

59 Freie Wähler, „Unsere Demokratie erneuern – der Mensch im Mittelpunkt!“. Grundsatzprogramm der Bundesvereinigung Freie Wähler, S. 1.

60 Vgl. *Tim Spier*, Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien?, in: *ders. / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 33), S. 121 – 137, S. 131 ff.

<i>Tabelle 11: Soziokulturelle Einstellungen der Freien Wähler (in Prozent)</i>		
	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
„Die Möglichkeit zur Volksabstimmung sollte auch in das Grundgesetz aufgenommen werden“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	66,5	64,1
Stimme teils-teils zu	15,4	16,0
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	18,0	19,9
n	431	198
„Der Schwangerschaftsabbruch sollte weniger streng geregelt werden“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	37,0	33,3
Stimme teils-teils zu	26,6	32,6
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	36,4	34,1
n	430	198
„Straftäter sollten härter bestraft werden“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	64,4	65,0
Stimme teils-teils zu	26,0	25,2
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	9,6	9,9
n	435	201
„Der Zuzug von Asylsuchenden sollte beschränkt werden“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	41,5	43,9
Stimme teils-teils zu	31,2	28,3
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	27,3	27,3
n	435	201
Quelle: Eigene Berechnung, gewichtete Daten.		

bestraft werden“ und „Der Zuzug von Asylsuchenden sollte beschränkt werden“ (vgl. Tabelle 11). Die Forderung nach Volksabstimmungen wird jeweils von zwei Dritteln der Befragten befürwortet, weniger als ein Fünftel steht einer entsprechenden Reform des Grundgesetzes ablehnend gegenüber. Gänzlich anders verhält es sich mit der Regelung des Schwangerschaftsabbruchs. Hier sind jeweils ein Drittel der Befragten sowohl für als auch gegen ein weniger strenges Verfahren. Die doch geringe Zahl an ablehnenden Befragten spricht gegen die Annahme einer wertkonservativen Mitgliedschaft. Allerdings kann die hohe Zustimmung zu einer härteren Bestrafung von Straftätern als deutliches Indiz konservativer Einstellungen gewertet werden. Zudem sprechen sich jeweils mehr als 40 Prozent der Mitglieder der Freien Wähler für eine Beschränkung des Asylzuzugs aus, so dass wertkonservative Einstellungen also durchaus vorhanden sind (vgl. Tabelle 11).<sup>61</sup>

Die sozioökonomischen Einstellungen werden ebenfalls über vier Forderungen abgebildet: „Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss der Staat mehr Geld bereitstellen“, „Für jeden, der arbeiten will, sollte auch ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden, der seiner Ausbildung entspricht“, „Der Staat muss sich stärker aus dem Wirtschaftsleben zurückziehen“ und „Die Sozialleistungen müssen gesenkt werden“ (vgl. Tabelle 12). Insgesamt

61 Hierbei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Feldphase in die Zeit der so genannten Flüchtlingskrise des Jahres 2015 fiel.

<i>Tabelle 12: Sozioökonomische Einstellungen der Freien Wähler (in Prozent)</i>		
	Kognitive Zugehörigkeit	Kollektive Zugehörigkeit
„Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss der Staat mehr Geld bereitstellen“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	30,6	28,0
Stimme teils-teils zu	43,4	45,2
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	26,0	26,7
n	433	201
„Für jeden, der arbeiten will, sollte auch ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden, der seiner Ausbildung entspricht“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	60,0	62,5
Stimme teils-teils zu	26,3	24,7
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	13,7	12,8
n	435	200
„Der Staat muss sich stärker aus dem Wirtschaftsleben zurückziehen“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	26,4	28,3
Stimme teils-teils zu	38,3	40,7
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	35,3	31,0
n	434	201
„Die Sozialleistungen müssen gesenkt werden“		
Stimme eher bis voll und ganz zu	19,0	20,2
Stimme teils-teils zu	36,9	37,9
Stimme eher nicht bis gar nicht zu	44,1	41,8
n	434	201
Quelle: Eigene Berechnung, gewichtete Daten.		

fällt auf, dass marktliberale Positionen nur von einer Minderheit der Befragten vertreten werden. So lehnt es nur ein Viertel ab, dass der Staat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr finanzielle Mittel bereitstellen soll. Auch der Forderung nach einem Arbeitsplatz, der der Ausbildung des Arbeitssuchenden entspricht, stimmen jeweils mehr als 60 Prozent der Befragten zu. Daher verwundert es auch nicht, dass nur etwas mehr als ein Viertel einen stärkeren Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben eindeutig befürwortet. Eine Ablehnung marktliberaler Positionen kommt auch bezüglich der letzten Forderung zum Ausdruck, denn nur ein Fünftel der Befragten ist der Ansicht, dass Sozialleistungen gesenkt werden sollten.

### 10. Fazit: Freie Wähler als Mischung aus Partei und Wählergemeinschaft

Trotz stetiger Wahlerfolge, steigender Präsenz in den Kommunen und kontinuierliche Wahlteilnahmen auch jenseits der kommunalen Ebene liegen bislang wenig empirisch fundierte Kenntnisse über die Organisations- und Mitgliederstruktur der Freien Wähler vor. Sowohl ihre hybride Struktur aus Partei und Wählergemeinschaft als auch ihr proklamierter Status als Anti-Partei machen sie jedoch zu einem für die Politikwissenschaft überaus interessanten Forschungsobjekt.

Der Großteil der Befragten aus der hier vorgestellten Studie über die Mitglieder der Freien Wähler spricht sich für eine stärkere Aktivität auf kommunaler wie überregionaler Ebene aus. Ein Engagement auf überregionaler Ebene bedeutet jedoch in den meisten Bundesländern die Kandidatur als Partei. Zu diesem Ergebnis passt, dass eine deutliche Mehrheit der Mitglieder die Partei der Freien Wähler positiv beurteilt. In der Wahlabsicht schlägt sich dies bislang jedoch nur verhalten nieder: Von den Mitgliedern landesverbandlich organisierter Wählergruppen würde nur knapp jedes zweite die Freien Wähler auf Bundesebene wählen. Zudem bewerten zwei Drittel der Befragten die im Bundestag vertretenen Parteien eher negativ – ein Befund, der verwundert, wenn die Wahlabsicht der Mitglieder betrachtet wird. So würde ein Fünftel beziehungsweise etwas mehr als ein Viertel der Freien Wähler bei der nächsten Bundestagswahl CDU oder CSU wählen.

Wählergemeinschaften der Freien Wähler zeichnen sich gegenüber sonstigen Wählergemeinschaften durch eine im Durchschnitt höhere Mitgliederzahl aus. Zudem existieren ihre Wählergemeinschaften deutlich länger.

Bezüglich des Sozialprofils der Mitglieder bleibt festzuhalten, dass keine wesentlichen Unterschiede zu den Mitgliedern der im Bundestag vertretenen Parteien festzustellen sind. Auch in der Mitgliedschaft der Freien Wähler dominieren Männer sowie Angehörige der Mittelschicht. Die Mitglieder der Freien Wähler sind hinsichtlich ihrer Einstellungen zudem als wertkonservativ und als Befürworter des Sozialstaats zu bezeichnen.

Es lässt sich resümieren, dass sich innerhalb der Freien Wähler Traditionalisten und Modernisierer gegenüberstehen. Erstere beharren auf dem Status als Wählergemeinschaft beziehungsweise kommunaler Nicht-Partei. Die Modernisierer hingegen stehen einem landes- und bundespolitischen Engagement offen gegenüber. Aufgrund der Forcierung der Parteiwerdung bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit die Freien Wähler auch künftig von ihrem Status als Wählergemeinschaft profitieren, wenn sie als Partei bei Landtags- und Bundestagswahlen kandidieren, da sich nennenswerte Erfolge bislang nur in Bayern realisieren ließen. Für die Parteien- und Parteiensystemforschung stellt sich daher über die Betrachtung der Freien Wähler hinaus die Frage, wann kommunalpolitische Akteure in der Lage sind, ihren Aktivitätsradius erfolgreich auf die höheren Ebenen des politischen Systems auszudehnen und dadurch auch abseits der Kommunalpolitik die Parteienlandschaft zu verändern. Als Vorbild könnte den Freien Wählern die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien dienen, die bereits vor ihrem Durchbruch bei den nationalen Parlamentswahlen 2013 als parteifreie Bürgerliste in der Kommunalpolitik erste Erfolge verzeichnen konnte.